LEUCHTTURM

Ausgabe: Winter 2022

Ein Jahr Rot-Rot: AfD stellt Landesregierung schlechtes Zeugnis aus

Nach einem Jahr Rot-Rot in Schwerin bewerten Landesregierung und Opposition die Bilanz unterschiedlich.

Während Ministerpräsidentin Manuela Schwesig der Ansicht ist, dass die Landesregierung das Land verlässlich und stabil regiere, spricht die AfD von Regierungsversagen und wirft der Regierung vor, Ideologie der Vernunft vorzuziehen.

„Regenbogenfahnen vor dem Landtag, Gendersprech und Frauentag sind allesamt Wohlstandsprojekte“, so Fraktionschef Nikolaus Kramer. Zudem habe die Regierung Mitschuld an den Insolvenzen, die durch die gestiegenen Energiepreise verursacht werden.

„Der erzwungene Ausbau erneuerbarer Energien greift in die Geldbeutel der Bürger. Zudem hat sich auch die Landesregierung vom Bund vor den Karren spannen lassen, Nord Stream 2 nicht zur Lieferung von dringend benötigtem Erdgas zu nutzen“, wirft Kramer der Landesregierung vor. „Wir leiden nach wie vor unter einem massiven Lehrermangel trotz millionenschwerer Werbekampagne.

Auch eine notwendige Aufstockung der Landespolizei läuft mehr als nur schleppend, und der ländliche Raum hat weiter mit einer mangelnden Infrastruktur zu kämpfen. Rot-Rot wirft das durch Schulden finanzierte Geld zum Fenster raus, ohne Mehrwert für Land und Bürger“, sagte der Fraktionsvorsitzende mit Blick auf das vergangene Jahr.

Viele Ausbildungsstellen im Nordosten konnten nicht besetzt werden

Rund 1.500 Ausbildungsplätze sind im laufenden Ausbildungsjahr in Mecklenburg-Vorpommern unbesetzt geblieben.

Laut Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit waren die Chancen auf eine Ausbildungsstelle seit der Wiedervereinigung in Mecklenburg-Vorpommern noch nie so gut wie heute. Auf rund 11.000 Ausbildungsplätze kamen lediglich etwa 6.100 Bewerber. Der Grund für den Rückgang der Bewerberzahlen liege unter anderem am Trend der zunehmenden Akademisierung.

„Die Bildung in unserem Bundesland geht am tatsächlichen Bedarf völlig vorbei“, kritisiert der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Enrico Schult.

„Wir brauchen weniger Schüler an den Gymnasien, gleichzeitig müssen die Regionale Schule und die duale Berufsausbildung aufgewertet werden“, so Schult.

Die AfD-Fraktion hatte im November Anträge in den Landtag eingebracht, die auf der einen Seite die Hürden für ein Wechsel aufs Gymnasium etwas anheben, auf der anderen Seite Berufsausbildungen – vor allem in landestypischen, kulturprägenden Handwerken – finanziell fördern sollten.

Die Anträge wurden jedoch von den anderen Fraktionen im Landtag abgelehnt.

AfD: Klima-Kleber müssen Härte des Gesetzes spüren

Im Juni hatten sich zwei Mitglieder der Gruppe an den Rahmen des Gemäldes «Pfirsichbäume in Blüte» in der Londoner Courtauld Gallery geklebt.

Ein Sprecher der Gruppe rechtfertigte die Aktion gegenüber dem «Guardian» am Freitag. „Wir wollen uns keine Freunde machen, wir versuchen einen Wandel herbeizuführen, und unglücklicherweise ist das der Weg, auf dem Wandel geschieht.“

Seitdem kleben sich selbsternannte Klimaschützer immer wieder an Kunstwerke oder blockieren Straßen.

Die vorsätzliche Beschädigung von Kunstwerken dürfe nicht verharmlost oder relativiert werden, meint die kulturpolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion, Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner.

„Stattdessen muss den radikalen Klimafanatikern endlich klargemacht werden, dass sie keine Narrenfreiheit genießen und bei jeder Straftat mit der vollen Härte des Rechtsstaates zur Verantwortung gezogen werden“, so Schneider-Gärtner.

Kita-Schließungen wegen Corona waren nicht verhältnismäßig

Die Corona-Pandemie traf die Jüngsten mit Maßnahmen wie Lockdowns, Kita- und Schulschließungen und fehlenden sozialen Kontakte besonders hart. Die Folgen für Kinder und Jugendliche untersuchte eine interministerielle Arbeitsgruppe in der sogenannten Kita-Corona-Studie nun genauer. Den Abschlussbericht stellte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) im November in Berlin vor.

Die Übertragungsrate des Corona-Virus bei Kita-Kindern läge demnach lediglich bei 9,6 Prozent. Aus den Erkenntnissen der Studie kann gefolgert werden, dass die Kita-Schließungen während der Pandemie nicht verhältnismäßig waren.

„Und wieder hatten die vermeintlichen Schwurbler recht. Selbst zu Pandemiezeiten war jedem objektiven Betrachter klar, dass Kitas keine Pandemietreiber waren und das Ansteckungsrisiko gering blieb. Die Corona-Maßnahmen und die Diffamierung der Kritiker haben soziales Porzellan zerschlagen. Da nützt es auch nichts, dass Karl Lauterbach kleinlaut zugeben muss, zwei Jahre falsch gelegen zu haben“, kritisiert Thomas de Jesus Fernandes, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Schweriner Landtag.

„Bund und Länder müssen sich ehrlich machen und jetzt die letzten Maßnahmen ein für alle Mal einstampfen. Deutschland ist weltweit ein Irrläufer“, so de Jesus Fernandes.

Pubertätsblocker: Staatlich befürwortete Kindeswohlgefährdung

„Bist du noch sehr jung? Und bist du noch nicht in der Pubertät? Dann kannst du Pubertäts-Blocker nehmen.“

So warb das Bundesfamilienministerium auf der von ihm unterstützten Internetseite des Regenbogenportals für eine Medikation, die extrem kontrovers diskutiert wird. Inzwischen wurde der Eintrag nur durch den Hinweis auf eine Arztkonsultation ergänzt.

Zielgruppe sind hier Kinder und Jugendliche mit sogenannter Geschlechtsdysphorie, die ihr biologisches Geschlecht als falsch empfinden und darunter leiden.

Seit mehreren Jahren wird in vielen Ländern ein rasanter Anstieg von Kindern und Jugendlichen, die eine Geschlechtsidentitätsstörung aufweisen, verzeichnet – ein Trend, der durch die sozialen Medien noch zusätzlich angeheizt wird.

Schweden, Finnland und Großbritannien haben sich inzwischen gegen eine hormonelle Medikation oder geschlechtsangleichende Operationen bei Patienten unter 18 Jahren ausgesprochen oder genehmigen diese nur in Ausnahmefällen unter Einhaltung strenger Auflagen. Bei der Geschlechtsdysphorie handelt es sich oft um eine

vorübergehende Identitätsstörung. Studien zeigen, dass in 85 Prozent der Fälle eine angemessene Psychotherapie zur Aussöhnung mit dem angeborenen Geschlecht führt.

„Die ausgesprochene Empfehlung des Bundesfamilienministeriums, mitunter an kindlicher Sprache angelehnt, zu einer schwerwiegenden und sehr risikobelasteten Medikamenteneinname, ohne überhaupt auf Risiken und Nebenwirkungen hinzuweisen, ist ein krasser Akt von Kindeswohlgefährdung unter staatlicher Federführung, der zwangsläufig rechtliche Ahndung nach sich ziehen muss“, meint die familienpolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, Petra Federau. Deshalb habe sie eine Strafanzeige erstattet.

Damit steht sie nicht allein. Immer mehr Stimmen im In- und Ausland sprechen sich gegen einen ideologischen Zugriff auf den Körper des Kindes im Namen der „Selbstbestimmung des Transgender-Kindes“ aus.

So kommen mehr als 50 französische Experten zu dem Schluss, dass die „Kommerzialisierung des Körpers von Kindern“ zu den „größten gesundheitlichen und ethischen Skandale“ zählt.

Rostocker Wohnheime: Azubis werden gegen Migranten ausgetauscht

Die Betreiber von zwei privaten Wohnheimen für Azubis der Baubranche in Rostock haben ihre Verträge mit dem Ausbildungszentrum der Bauwirtschaft gekündigt. Zukünftig sollen offenbar Migranten in den Wohnheimen untergebracht werden.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Meister, sieht eine Mitschuld bei der Stadt Rostock. „Die Stadt selbst treibt die Auszubildenden aus den Wohnheimen heraus und lockt die Betreiber mit höheren Gewinnen bei der Vermietung an Flüchtlinge. Man setzt also diejenigen vor die Tür, die eigentlich für den Bau zukünftiger Wohnungen verantwortlich sein sollen.

Ich bin gespannt, welche Gruppe von der neuen Bürgermeisterin Eva-Maria Kröger präferiert wird“, so Meister.

Windkraft vs. Umweltschutz – Offshore-Anlagen stören maritime Ökosysteme

Die Bundesregierung und mehrere vor allem küstennahe Bundesländer wollen gemeinsam den Ausbau der Windenergie auf See schneller vorantreiben.

Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), Vertreter der Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein

sowie die Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Amprion und Tennet im November in Berlin. Scharfe Kritik kam aus Mecklenburg-Vorpommern von der AfD-Landtagsfraktion.

Der umweltschutzpolitische Sprecher der Fraktion, Thore Stein, befürchtet durch diesen Eingriff in die maritimen Ökosysteme weitreichende Folgen für die Tier- und Umwelt.

„Jahrzehntelang lief die Natur- und Umweltschutzlobby sowie ihr parlamentarisches Pendant in Form der Grünen Sturm gegen die Nutzung der Ostsee.

Die traditionsreiche Fischerei an unseren Küsten wurde durch immer neue Fangquotenkürzungen erdrosselt, der Ausbau von Hafeninfrastruktur bekämpft und jedwede Rohstoffgewinnung im Keim erstickt. Und nun wird der wohl größte Eingriff in das Ökosystem der Ost- und Nordsee frenetisch von eben jenen Grünen Politikern gefeiert“, so Stein.

Landtag beschließt Nachtragshaushalt: Kritik von der AfD

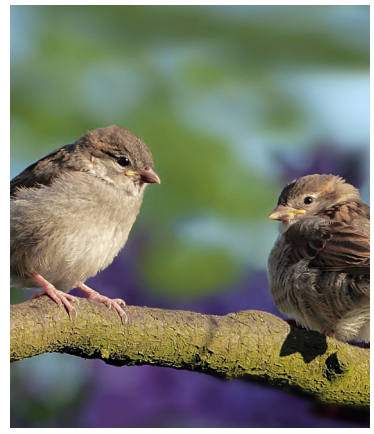
Die Energiekrise für die Bürger abmildern und in die künftige Unabhängigkeit von Gasimporten investieren - dafür will das Land im kommenden Jahr 508 Millionen Euro zusätzlich in die Hand nehmen. Der Landtag brachte den dazu notwendigen Nachtragshaushalt am 24.11.2022 in einer Sondersitzung einstimmig auf den Weg.

Für den Nachtragshaushalt sollen keine Kredite aufgenommen, sondern die höheren, inflationsbedingten Steuereinnahmen genutzt werden. Außerdem sollen Rücklagen aus früheren Jahren aufgelöst werden, so die Regierung. Kritik kam von der AfD. „Die Landesregierung macht im Nachtragshaushalt manches richtig und vieles falsch“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Martin Schmidt. Der Härtefallfonds sei zum Beispiel richtig, aber 100 Millionen Euro Landesmittel dafür zu wenig.

Die AfD hatte bereits im Oktober eine Aufstockung auf 150 Millionen Euro gefordert. Schmidt sagte, dass es unerlässlich sei, künftig auch wieder Energie aus Russland zu beziehen. „Deshalb müssen wir auch uns selbst schädigende Sanktionen gegen Russland überdenken und Erdgas, Kohle und Öl aus Russland abnehmen“, so Schmidt. Die Landesregierung habe schon bei Aufstellung des Doppelhaushalts die Notwendigkeit von erheblichen Einsparungen einräumen müssen.

Laut Schmidt müsse die Landesregierung nun nacharbeiten und aufzeigen, wo gespart werden soll. „Die optische Täuschung der Mehreinnahmen durch die Inflation sind vielleicht nominell nett anzusehen, aber durch den Kaufkraftverlust in der Realität keine wirkliche Steigerung. Die Landesregierung kann sich im Übrigen gern an unseren Vorschlägen echter Sparmaßnahmen zum letzten ordentlichen Haushalt orientieren“, so Schmidt.

Unkontrollierte Katzenpopulationen gefährden Vögel



Durch unkastrierte freilaufende Katzen und verwilderte Hauskatzen kommt es in immer mehr Gemeinden zu unkontrollierten Populationen. Angesichts der ohnehin schon stark geforderten Tierheime in Mecklenburg-Vorpommern braucht es aus Sicht der AfD-Fraktion eine Katzenschutzverordnung.

Der tierschutzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jens-Holger Schneider, wirft der Landesregierung vor, das Problem seit Jahren zu ignorieren.

„Wie in anderen Ländern Usus, müssen verwilderte Hauskatzen eingefangen und kastriert werden. Nur so kann die Population kontrolliert werden. Dasselbe gilt für Hauskatzen, die als sogenannte Freigänger gehalten werden. Hier müssen die Besitzer in die Pflicht genommen werden“, so Schneider. Davon würde letztendlich auch die heimische Vogelpopulation profitieren.

Reuken (AfD) hält Deutschlandticket für Mogelpackung

Jetzt hat sich die Bundesregierung durchgesetzt: Das Deutschlandticket kommt. Es soll zum Start 49 Euro im Monat kosten, könnte aber im Laufe der Zeit teurer werden.

Auf Dauer sei ein solch extrem günstiger Tarif nicht zu finanzieren, hieß es aus dem Bundesverkehrsministerium. Bund und Länder finanzieren das Ticket jeweils zur Hälfte.

Kritik kommt aus dem Landtag in Schwerin. Der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Stephan J. Reuken, sieht in dem Deutschlandticket eher eine Mogelpackung.

Das Ticket sei nicht wirklich günstig, es würde eben nur von den Steuergeldern subventioniert.

„Ich halte es doch für sehr dreist, die Bürger in Deutschland so zum Narren zu halten. In klassischer SPD-Manier wird hier zum Wohle der eigenen Ideologie umverteilt, ohne auch nur einmal an die Lebensrealität der Bürger oder die Kapazitäten und Ressourcen der Bahn zu denken“, so Reuken.

Neue Düngemittelverordnung gefährdet Versorgungssicherheit

Auf vielen landwirtschaftlichen Nutzflächen in Mecklenburg-Vorpommern gelten laut Agrarminister Till Backhaus wegen des Umweltschutzes künftig strengere Einschränkungen beim Düngen.

Laut Landesbauernverband sind es fast 50 Prozent der Flächen davon betroffen. Der Verband rechnet mit heftigen Ertragseinbußen.

Der landwirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag schließt sich dieser Befürchtung an.

„Wir befinden uns aktuell in einer angespannten Situation. Während weltweit Engpässe in der Versorgung mit Agrarerzeugnissen drohen, wird in Mecklenburg-Vorpommern die Produktion aktiv beschnitten“ stellte Jens Schulze-Wiehenbrauk fest.

Er sieht die Versorgungssicherheit mit Agrarerzeugnissen gefährdet.

Waldgesetz behindert wirtschaftliche Nutzung: Bedarf es der Novellierung?

Im November fand im Landtag in Schwerin eine öffentliche Anhörung über das Waldgesetz und dessen Auswirkungen auf den Tourismus statt. Dabei wurde unter anderem festgestellt, dass es Betreibern von Campingplätzen verwehrt wird, auf ihren eigenen Grundstücken Unterkünfte für Saisonarbeitskräfte zu errichten.

Der tourismuspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Paul Timm, hält eine Novellierung des Waldgesetzes für notwendig.

„Die Landesregierung geht fahrlässig mit einer seiner Kernindustrien und deren Beschäftigten um. Eine Betriebsfläche, auf der einige Bäume stehen, hat immer noch genau das zu sein – eine Betriebsfläche – und kein Wald. Wieviele Bäume braucht es für einen Wald? Überraschenderweise keinen einzigen, wenn man der Definition des Waldgesetzes unseres Bundeslandes folgt. Außerdem müssen vom Gesetzgeber endlich Möglichkeiten geschaffen werden, um die eigenen Angestellten menschenwürdig unterbringen zu können“, so Timm.

Das lange beschworene Tourismusgesetz sei hier eine geeignete Chance, entscheidende und ganzheitliche Weichenstellungen vorzunehmen.

9. November ist nicht nur das historische Datum der Pogrome

Der Landtag in Schwerin nahm am 9. November das historische Datum zum Anlass, um zum Auftakt seiner dreitägigen Sitzung an die Opfer der Pogromnacht von 1938 zu erinnern. Von den Nationalsozialisten organisiert, hatten Schlägertrupps jüdische Geschäfte zerstört, Gotteshäuser in Brand gesetzt und Menschen getötet.

„Niemand, der noch bei Sinnen ist, will, dass sich derartige Verbrechen, egal in welchem Gewand sie sich anschleichen, wiederholen“ sagte der AfD-Landtagsabgeordnete Horst Förster. Man dürfe aber nicht jeden, der einen Schlussstrich unter diesen Teil der deutschen Geschichte ziehen will, als Antisemiten abstempeln.

Er wies in seiner Rede auf neue Erscheinungsformen des Antisemitismus hin. „Dass ‚Jude‘ wieder ein Schimpfwort an deutschen Schulen geworden ist, dass auf Demonstrationen Parolen von Muslimen zu hören sind wie ‚Hamas, Hamas, Juden ins Gas‘ ist laut und offen propagierter islamistischer Antisemitismus und hat eine ganz neue Dimension“, gab Förster zu bedenken.

In seiner Rede wies Förster darauf hin, dass der 9. November nicht nur der historische Tag der Pogrome sei, sondern auch der Tag des Mauerfalls, den man freudig begehen könne. „Man sollte die Ereignisse nicht gegeneinander ausspielen und nicht das eine mit dem anderen belasten“, so Förster.

Asylbewerberunterkunft Stern Buchholz: Katastrophale Zustände

Im Juli 2017 reist der Tunesier Bilel Z. nach Deutschland ein und landet in der Erstaufnahmeeinrichtung Stern Buchholz in Schwerin. So beginnt ein Drama aus Behördenversagen und Verschweigen, das bis heute anhält.

Bereits kurz nach seiner Einreise hatte Bilel Z. zum ersten Mal mit der deutschen Polizei zu tun. Dabei soll es um räuberische Erpressung gegangen sein. Es folgten Diebstähle, Überfälle und Prügelangriffe. Insgesamt ist eine zweistellige Zahl an Straftaten aktenkundig. 2019 wurde Bilel Z. dann abgeschoben, war 2020 aber trotz Wiedereinreisesperre erneut im Land – und wieder kam er nach Stern Buchholz.

Dort schlitzte er mit einer Rasierklinge einem Landsmann das Gesicht auf. Danach tauchte er unter. Am 27. Oktober 2022 war er wieder da: Er stach auf dem Schweriner Marienplatz einem Algerier ein Messer in den Rücken. Eine Pressemitteilung der Polizei gab es dazu nicht, sodass die Bevölkerung von dem Vorfall zunächst nichts erfuhr. Wie in den meisten Fällen von Ausländerkriminalität. Allein zwischen Januar und Oktober 2022 gab es 90 Einsätze der

Polizei zur Gefahrenabwehr in der Erstaufnahmeeinrichtung Stern Buchholz. Die Zahl wurde erst durch eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Schweriner Landtag bekannt.

Der migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jan-Phillip Tadsen, kritisiert den fehlenden Grenzschutz, der Wiedereinreisesperren wirkungslos macht. „Es ist vollkommen unverständlich, dass sich unser Rechtsstaat derart auf der Nase herumtanzen lässt“, so Tadsen.

Er möchte dafür sorgen, dass solche Fälle der Öffentlichkeit bekannt werden. „Nur so lässt sich Problembewusstsein erzeugen, und damit auch der Druck auf die Landesregierung, tätig zu werden“, sagt Tadsen.

Er hat eine eigene Videoreihe gestartet, die über die Verhältnisse in der Erstaufnahmeeinrichtung Stern Buchholz berichtet.

Zu sehen sind die Videos auf seiner Facebook-Seite und auf YouTube. Besonders aufschlussreich sind dabei die Aussagen einer Mitarbeiterin aus Stern Buchholz, die von schlimmen Zuständen berichtet. Das Thema wird die Landespolitik offenbar noch eine Weile beschäftigen.

„Es ist bezeichnend, dass wir von der AfD die einzigen sind, die überhaupt Lösungen für Probleme in der Migrationspolitik vorgelegt haben. Insbesondere die CDU ist hier ein Totalausfall. So löst man keine Probleme, man intensiviert sie“, so Tadsen.

Hier der Link zu den Reportagen:

https://www.facebook.com/afd.tadsen

Erfolg der AfD vor dem Landesverfassungsgericht

Nach Auffassung des Landesverfassungsgerichts haben gesetzliche Regeln in Zusammenhang mit dem Corona-Schutzfonds die Rechte der Schweriner Landtagsabgeordneten verletzt.

Damit gab das Gericht in Greifswald am Donnerstag einer Klage der AfD-Landtagsfraktion und ihren Abgeordneten zum Teil Recht. Es ging dabei unter anderem um die Kritik, die Mitbestimmung der Parlamentarier werde in Haushaltsfragen beschnitten.

Im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts vom Dezember 2020 war der MV-Schutzfonds von 700 Millionen auf 2,85 Milliarden Euro aufgestockt worden. Monika Köster-Flachsmeyer, Präsidentin des Landesverfassungsgerichts, verwies in diesem Zusammenhang auf die entsprechende Kreditermächtigung.

Diese gelte über das Haushaltsjahr 2020/2021 hinaus, so lange, bis die Mittel aufgenommen und ausgegeben seien. Durch diese Fortgeltung könnten die Abgeordneten nicht mehr jährlich über diese Kreditermächtigung beraten und abstimmen, wie es ihnen eigentlich in Haushaltsfragen zustehe.

Das Gericht bemängelte außerdem, dass ein Wirtschaftsplan zur genauen Verwendung der Mittel zeitweise nur der Zustimmung des Finanzausschusses bedurfte.

Da der Zweck des Fonds allerdings sehr weit gefasst worden sei, hätte der Landtag über den Wirtschaftsplan und damit die genaue Aufteilung abstimmen müssen. Diese Rechtsverletzung wurde laut Gericht durch eine Änderung mittlerweile abgestellt. Ihre Feststellung diene aber der Vorbeugung entsprechender Regelungen in der Zukunft.

Als nicht zulässig wurden weitere Einwendungen verworfen, etwa die Kritik, es seien die Schuldenbremse oder Haushaltsgrundsätze wie Transparenz verletzt worden. Hier würden keine Verletzungen von Abgeordnetenrechten geltend gemacht, bemängelte Köster-Flachsmeyer.

Da es sich aber um ein Organstreitverfahren handele, könnten nur solche Verletzungen geprüft werden. Für ein Normenkontrollverfahren, das sich direkt mit dem Schutzfonds hätte befassen können, fehlten der AfD die notwendigen 30 Prozent im Schweriner Landtag.

„Wäre die Linksfraktion – seinerzeit ebenfalls in der Opposition – dazu bereit gewesen, mit der AfD-Fraktion zusammen eine Normenkontrollklage einzureichen, wäre auch dieser Punkt vom Gericht näher beleuchtet worden. So hat ideologische Parteipolitik der Linken dazu geführt, dass zum Schaden unseres Bundeslandes Kredite für Dinge aufgenommen wurden, die eigentlich in den regulären Haushalt gehören“, sagte der Fraktionsvorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Nikolaus Kramer, nach der Urteilsverkündung. Kramer freute sich aber, dass das Gericht der Einschätzung der AfD-Fraktion größtenteils gefolgt ist. „Es ist ein Unding, wie die Landesregierung mit dem MV-Schutzfonds die Rechte der gewählten Landtagsabgeordneten verletzt hat“, so Kramer.

Die Parlamentarischen Intiiativen der AfD-Fraktion 2022

Gut ein Jahr ist seit der Konstituierung des neuen Landtags vergangen. Für die AfD ist es bereits die zweite Legislaturperiode im Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern.

Was haben die gewählten Volksvertreter der größten Oppositionsfraktion seitdem im Landtag gemacht? Hier finden sie einige Zahlen und eine Auswahl aus den Anträgen und Gesetzentwürfen.

Alle Parlamentarischen Initiativen finden Sie in der Parlamentsdatenbank des Landtags unter https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/neuedokumente

747 Pressemitteilungen / ***451*** Kleine Anfragen / ***51*** Anträge

21 Gesetzentwürfe / ***9*** Wahlvorschläge / ***6*** Änderungsanträge

Afghanische Migranten: Hilfe vor Ort statt neuer Anreizbildung

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass die Bundesregierung von der pauschalen Aufnahme von 25.000 Afghanen absieht und statt dessen Hilfe vor Ort leistet.

Steuern senken – Existenzen sichern

Mit dem Antrag sollte die Landesregierung aufgefordert werden, unverzüglich ein Entschädigungsprogramm für Unternehmen, Selbstständige, soziale Einrichtungen, Vereine und die kommunale Ebene aufzulegen, um diese gegen existenzbedrohende Energiepreissteigerungen abzuschirmen.

Booster für das Handwerk – Meisterprüfung attraktiver machen

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass die Landesregierung eine Richtlinie zur finanziellen Förderung des Ablegens der Meisterprüfung im Handwerk erlässt.

Vernunft statt Migrationschaos: Illegale Einreisen verhindern – Abschiebungen von Gefährdern und schweren Straftätern nach Syrien ermöglichen

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass Abschiebungen nach Syrien ermöglicht werden.

Fischfangquotenverhandlung mit Russland eröffnen – Dialog suchen

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass die Landesregierung im Bundesrat einen Antrag einbringt, Verhandlungen mit Russland über die Fischfangquoten in der Ostsee aufzunehmen.

Pubertätsblocker und geschlechtsangleichende Hormontherapie – gegen ihre Bewerbung und den leichtfertigen Umgang damit

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass die unreflektierte Darstellung der geschlechtsangleichenden Hormontherapie und der Gabe von Pubertätsblockern bei Kindern und Jugendlichen auf der Internetseite des „Regenbogenportals" des Bundesfamilienministeriums verurteilt wird und die Landesregierung nicht weiter auf besagte Internetseite verlinkt.

Einrichtungsbezogene Impfpflicht gegen Covid-19 aufheben

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass die Landesregierung sich auf allen Ebenen dafür einsetzt, dass die seit dem 15. März 2022 geltende einrichtungsbezogene Impfpflicht gegen Covid-19 aufgehoben wird.

Gebührenfreie Entnahme von Wasser beibehalten – wirtschaftliche Existenz landwirtschaftlicher Betriebe unterstützen

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass im Rahmen der angekündigten Novellierung des Wassergesetzes weiterhin die gebührenfreie Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser für Landwirte gewährleistet wird.

Kulturerbe bewahren – Sicherung der Wasserburg Divitz

Die Wasserburg Divitz ist ein Denkmal nationaler Bedeutung. Eine Sicherung der Wasserburg aufgrund der substanziellen Schäden ist von größter Eile, um den fortschreitenden und bald endgültigen Verfall abzuwenden. Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass Landesmittel für eine sofortige Notsicherung bereitgestellt werden und in Absprache mit dem Bund Gelder für die Sanierung der Wasserburg eingesetzt werden.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Mit der Gesetzesänderung wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass die Regionalschulen gestärkt werden und dort ein anspruchsvolleres Unterrichtsniveau mit dem Ziel der Mittleren Reife ermöglicht wird.

Kündigung sämtlicher Rundfunkstaatsverträge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion erreichen, dass eine tiefgreifende Umstrukturierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in allen Bereichen, Anzahl der Rundfunkanstalten, Qualität, Art und Umfang des Programms, Personalstrukturen, Kontrolle und die Art der Finanzierung angestoßen wird.

IHR KONTAKT ZUR FRAKTION

AfD-Fraktion im Landtag MV
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

Tel.: 0385/525-1700
E-Mail: kontakt@afd-fraktion-mv.de

Auf Facebook: AfDFraktionMV

Auf Instagram: afdfraktion_mv

Auf Twitter: @AfDFraktion_MV

Webseite: www.afd-fraktion-mv.de

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Bilder: pixabay.de, envato.de, AfD-Fraktion MV.

Impressum:
AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern,
vertreten durch Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender),
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

In ganz MV nah am Bürger: Die Wahlkreisbüros der Abgeordneten!

Nikolaus Kramer
Breite Straße 23,
17358 Torgelow
nikolaus.kramer@
afd-fraktion-mv.de
03834 - 7773690
www.nikolauskramer.de

Nikolaus Kramer
Am Mühlentor 1,
17489 Greifswald
nikolaus.kramer@
afd-fraktion-mv.de
www.nikolauskramer.de

Thore Stein
Lange Straße 20,
19370 Parchim
thore.stein@
afd-fraktion-mv.de
03871 - 2639175
www.thore-stein.de

Thomas de Jesus Fernandes
Rosa-Luxemburg-Str. 16a,
17192 Waren
thomas.fernandes@
afd-fraktion-mv.de
03991 - 1480711
www.de-jesus-fernandes.de

Enrico Schult
Treptower Straße 26,
17109 Demmin
enrico.schult@
afd-fraktion-mv.de
03998 - 2856416
https://enrico-schult.net/

Enrico Schult
Basedower Straße 10
17139 Malchin
enrico.schult@
afd-fraktion-mv.de
https://enrico-schult.net/

Jan-Phillip Tadsen
Kütiner Straße 21,
19406 Sternberg
jan.phillip.tadsen@
afd-fraktion-mv.de
ww.jan-phillip-tadsen.de
0385 - 5251762

Petra Federau
Friedrichstraße 14,
19053 Schwerin
petra.federau@
afd-fraktion-mv.de
0385 - 55587370

Horst Förster
Neustrelitzer Straße 70g,
17033 Neubrandenburg
kontakt@horst-foerster.de
0395 - 36968500
www.horst-foerster.de

Jens Schulze-Wiehenbrauk
Am Markt 7,
17389 Anklam
jens.schulze-wiehenbrauk@
afd-fraktion-mv.de
0385 - 5251723

Jens Schulze-Wiehenbrauk
Am Markt 1,
17489 Greifswald
jens.schulze-wiehenbrauk@
afd-fraktion-mv.de

Dr. Eva Maria
Schneider-Gärtner
Gingster Chausee 6A,
18528 Bergen
eva-maria.schneider-
gaertner@afd-fraktion-mv.de
03838 - 3079960

Paul-Joachim Timm
Mobiles Wahlkreisbüro
blauto@paultimm-afd.de
www.paultimm-afd.de
0385 - 5251772

Michael Meister
Wilhelm-Külz-Platz 1,
18055 Rostock
michael.meister@
afd-fraktion-mv.de
www.michael-meister.de
0385 - 5251715

Jens-Holger Schneider
Dankwartstraße 57,
23966 Wismar
jens-holger.schneider@
afd-fraktion-mv.de
03841 - 2452765

Stephan J. Reuken
Hasenwinkel 6,
17438 Wolgast
stephan.reuken@
afd-fraktion-mv.de
0385 - 5251722

Martin Schmidt
Ziegeleiweg 17,
19057 Schwerin
0385 - 4883997,
0177 - 4473304
kontakt@martinschmidt.net
www.martinschmidt.net

Martin Schmidt
Lange Straße 108,
19230 Hagenow
0385 - 4883997,
0177 - 4473304
kontakt@martinschmidt.net
www.martinschmidt.net